



Dr. Frank Brodehl anlässlich des SPD-Antrags „Alle Wege zum Abitur offenhalten“ (TOP 17):

„Das von der SPD angestrebte ‚Abi für alle‘ ist bildungspolitischer Unsinn“

Kiel, 27. April 2018 **Die SPD fordert die Landesregierung auf, einen Maßnahmenkatalog zu entwickeln, mit dem der „Erhalt der Bildungswege zum Abitur in der Fläche auch außerhalb der Gymnasien gefördert und einer vermeintlich „strukturellen Benachteiligung der Gemeinschaftsschulen entgegengewirkt werden soll“. Dr. Frank Brodehl, bildungspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, erklärt dazu:**

„Der Antrag der SPD ‚Alle Wege zum Abitur offenhalten‘ veranschaulicht eines sehr schön: nämlich dass der SPD bildungsideologische Träumereien nach wie vor näher sind als jeglicher Bezug zur Realität. Der Antrag sollte daher besser den Titel ‚Abi für alle‘ tragen. Denn diesem Ziel ist er tatsächlich verpflichtet. Die Bedürfnisse der Schüler und die des zukünftigen Arbeitsmarktes tauchen in ihm erst gar nicht auf.

Nach Ihren Vorstellungen, Herr Vogel, sollen künftig mehr Schüler das Abitur auch außerhalb der Gymnasien ablegen können, als es heute ohnehin schon möglich ist. Natürlich erhoffen Sie sich dadurch einen weiteren Anstieg der Abiturientenquote. In Ihrer Begründung thematisieren Sie aber vor allem die vermeintliche strukturelle Benachteiligung Ihres Lieblingskindes: der Gemeinschaftsschule.

Sie argumentieren: Bei Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe sei die Anmeldequote gesunken – Schuld sei hier die Rückkehr zu G9 – aber die Nachfrage nach dieser Schulform sei nach wie vor so hoch, dass zwischen 9 und 44 Prozent der angemeldeten Schüler dort abgewiesen werden müssen.

Ja – viele Eltern würden ihre Kinder gerne an Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe anmelden. Aber doch nicht deshalb, weil sie davon überzeugt sind, dass dies die beste Schulform für ihre Kinder wäre oder weil sie glauben, dass ihre Kinder das

Abitur erlangen könnten. Nein, sie tun dies, weil sie die Sorge haben, dass ihr Kind ohne Abitur keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben würde. Und wer hat diese Sorge erzeugt bzw. wer nutzt diese Ängste aus? Genau diejenigen, die durch ihre unentwegten Forderungen ‚die Abiturientenquote muss erhöht werden, die Abiturientenquote muss erhöht werden‘, dafür gesorgt haben, dass sich heutzutage viele Mitbürger ohne Abi schon als Menschen zweiter Klasse fühlen.

Und was sagt der Faktencheck? Der belegt das Gegenteil. Beispiel Schweiz: Nur knapp 20 Prozent eines Jahrgangs legt dort das gymnasiale Abitur ab – das ist hinter Österreich die niedrigste Abiturquote aller OECD Staaten. Und gleichzeitig hat die Schweiz neben Luxemburg eines der höchsten Bruttoinlandsprodukte. Eine Folge: Die Jugendarbeitslosigkeit tendiert dort gegen Null.

Gegenbeispiel sind die Länder mit deutlich höherer Abiturientenquote als Deutschland, etwa Spanien, Portugal, Griechenland – hier ist die Jugendarbeitslosigkeit trotz ‚Abi für alle‘ derart hoch, dass Experten von der ‚verlorenen Generation‘ sprechen.

Für die Schweiz hat dies übrigens Ihr sozialdemokratischer Kollege Rudolf Strahm näher untersucht. Ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis aus dessen Buch *Die Akademisierungsfalle*:

‚Wer mehr Abiturienten produziert, wird Arbeitslose ernten.‘

Wer heute die Forderung nach noch mehr Möglichkeiten zum Erwerb des Abis erhebt, treibt den Akademisierungswahn in unverantwortlicher Art und Weise voran:

- Er schert sich nicht um die Sorgen der Eltern, sondern drängt sie zu Entscheidungen, die sie sonst nicht treffen würden.
- Er schwächt das Ansehen der Gemeinschaftsschule ohne gymnasialer Oberstufe – und das obwohl wir wissen, dass dort die Macher, die Kaufleute und die Dienstleister von morgen unterrichtet werden.
- Er schert sich auch nicht um die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Belange – wir haben einen Mangel an Fachkräften, die über einen soliden Ersten oder Mittleren Bildungsabschluss verfügen.

- Und er schert sich auch nicht um die Heranwachsenden selber – denn die brauchen zum Glücklichsein und -werden nicht das Abitur (das als Massenabschluss irgendwann ohnehin seinen Wert verlieren würde), sondern eine differenzierte Schulreform, die ein Pendant zu ihren Fähigkeiten und Interessen darstellt.

Ich weiß, einige unter Ihnen finden ‚differenzierten Schulformen‘ gefährlich und auch im Antrag ist ja die Rede von der ‚Rückentwicklung der Gemeinschaftsschule zur Regionalschule‘. Aber, meine Damen und Herren von der SPD, was haben Sie eigentlich gegen homogene Lerngruppen? Natürlich können Schüler voneinander profitieren, aber nur, wenn sie Spanne zwischen ihnen nicht zu groß ist. Die entsprechenden Forschungsergebnisse sind Ihnen ja sicherlich bekannt. Und falls nicht: Malen Sie sich einmal etwa für den Schwimmunterricht aus, wie dieser aussehen müsste, wenn dort das Leistungsspektrum in einer Klasse vom Nichtschwimmer bis zum Spitzensportler reichen würde. Dort käme kein Schüler auf seine Kosten oder würde seinen Begabungen entsprechend gefördert werden können. Mittelmaß wäre die Folge.

Ihre Forderung, deren Intention ja klar in Richtung ‚Eine Schule für alle‘ geht, muss deshalb schlicht als rückwärtsgewandt oder ‚retro‘ bezeichnet werden. Solche Forderungen brauchen wir hier nicht.

Was wir stattdessen brauchen, lässt sich aus folgenden Erkenntnissen ableiten:

1. Eine hohe Abiturientenquote ist kein Selbstzweck.
2. Es gibt keine guten und schlechten Schulformen – aber jeder Schüler hat das Recht auf eine für ihn sehr gute Schule. Und das ist nicht die Einheitsschule!
3. Lassen Sie uns den Blick der Schüler wieder stärker auf Handwerk, auf Technik und vor allem soziale Berufe lenken – der beruflichen Vielfalt wegen, aber auch wegen der tatsächlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedarfe. Einseitigkeit in Richtung Abitur war gestern!
4. Last but not least: Die Möglichkeit, eine akademische Laufbahn einzuschlagen, existiert längst nicht mehr nur durch das Abitur. Abiturientenquote ist nicht gleich-

zusetzen mit Akademikerquote. Hier sind deutlich mehr Möglichkeiten für all diejenigen zu schaffen, die etwa aufgrund von Berufserfahrung über eine tatsächliche Hochschulreife verfügen und diese nun akademisch weiterentwickeln wollen.

Dies muss unser Ziel sein und nicht das ‚Abi für alle‘.

Deshalb lehnen wir den SPD-Antrag ab.“

Weitere Informationen:

- SPD-Antrag „Alle Wege zum Abitur offenhalten“ vom 16. April 2018 (Drucksache 19/672):

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/00600/drucksache-19-00672.pdf>